



HESSISCHER LANDTAG

13. 05. 2014

Plenum

Antrag

der Abg. Löber, Gremmels, Lotz, Müller (Schwalmstadt), Schmitt, Siebel, Warnecke (SPD) und Fraktion

betreffend Verbot der Verwendung von Bisphenol A im Lebensmittelbereich

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für ein Verbot der Verwendung der Chemikalie Bisphenol A im Zusammenhang mit Lebensmittelverpackungen und ernährungsrelevanten Gebrauchsgegenständen in Deutschland einzusetzen.

Begründung:

Bisphenol A ist eine chemische Verbindung aus der Gruppe der Diphenylmethan-Derivate und der Bisphenole. Bisphenol A wird in Plastikverpackungen und diversen Gebrauchsgegenständen verwendet. Untersuchungen kamen in der Vergangenheit zu verschiedenen Ergebnissen über den Gefährdungsgrad dieser Chemikalie für Menschen. Einige dieser Studien, unter anderem die des renommierten Biologen Fred v. S. (Biologe an der Universität von Missouri) weisen auf eine mögliche Schädlichkeit der Substanz hin. So beeinflussen schon geringe Dosen die Spermienproduktion, die Gehirnentwicklung sowie das Gewicht der Prostata. Ebenso wird das Erbgut verändert, die Folgen dessen zeigen sich jedoch erst nach Generationen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung stuft Bisphenol A ebenfalls als hochgiftigen Stoff ein. Auch die Molekularbiologin Patricia H. sieht in Bisphenol A große Gefahren für den Menschen. In Tests an verschiedenen Tieren konnte Bisphenol A als der Stoff identifiziert werden, der durch hervorgerufene Chromosomenschäden Erbgutstörungen verstärkt verursacht. H. befürchtet, dass Bisphenol A in gleicher Weise auch Auswirkungen auf menschliche Eizellen haben könnte. Selbst wenn nach anderen Studien eine Schädlichkeit nicht zu 100 % nachgewiesen werden kann oder nicht nachgewiesen werden sollte, muss hier, wie auch in unserem Nachbarland Frankreich, das Vorsorgeprinzip zur Anwendung kommen.

Dort wird der Giftstoff Bisphenol A ab Mitte 2015 aus sämtlichen Lebensmittel-Verpackungen verbannt werden. Bei Verpackungen für Kleinkinder wird dieses Verbot bereits heute umgesetzt. Ein entsprechendes Gesetz beschloss das französische Parlament bereits im Jahre 2011. Andere Länder ziehen seitdem nach. Deutschland sollte sich diesem Weg nun schnellstmöglich anschließen.

Wiesbaden, 13. Mai 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Löber
Gremmels
Lotz
Müller (Schwalmstadt)
Schmitt
Siebel
Warnecke**